Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Poln.-Oberschl. 12 Gr. für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 109 | Mittwoch, den 11. September 1929 | 78. Jahrgang

Stresemann für Völkerverständigung

Eine bedeutsame Rede im Völkerbund — Mehr Garantien für die Minderheiten — Paneuropa, ein Wirtschafts-problem — Die Abrüstung die beste Sicherung des Friedens — Durch Zusammenarbeit zur Völkerverständigung

Genf. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt in der Vormittagssitzung der Vollversammlung des Völkerbundes seine langerwartete Rede. Dr. Stresemann betonte zunächst, daß der Vertreter Deutschlands heute in besonders hohem Maße unter dem Eindruck der Haager Verhandlungen stehe. Was dort entschieden worden sei, das seien

für das deutsche Volk Fragen, die sowohl die Grundlage seiner materiellen Existenz als auch die Grundlagen seines Daseins als souveräner und unabhängiger Staat auf das Stärkste berührten.

Die Tatsache, daß höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele ständen, erkläre, daß auch zu dieser Stunde in der Oeffentlichkeit Deutschlands ein fertiges und einheitliches Urteil über die Ergebnisse dieser Verhandlungen nicht zum Ausdruck komme. Der Kardinalpunkt dieser Ergebnisse sei aber die im Haag nun endlich beschlossene Erfüllung des deutschen Verlangens,

das deutsche Staatsgebiet von militärischer Besatzung zu befreien.

In Deutschland sei vor seinem Eintritt in den Völkerbund vielfach verlangt worden, dieser Eintritt solle erst vollzogen werden, nachdem die großen offenen Fragen, die aus dem Weltkrieg in die Friedenszeit hineinragten, ihre Lösung gefunden hätten. Die deutsche Regierung habe in jener Zeit diese Frage mit voller Ueberzeugung verneint. Sie hat sich, sobald die Entwickelung der internationalen Beziehungen dies nur gestattete, zur aktiven Mitarbeit an den Aufgaben des Völkerbundes entschlossen. Sie habe diesen Entschluß nicht bereut.

Es könne aber auch heute nicht stillschweigend daran vorübergegangen werden,

daß ein anderer Teil deutschen Landes noch unter nichtdeutscher Verwaltung stehe.

Ein Gebiet, dessen Wiedervereinigung mit dem Heimatland der einmütige Wunsch seiner Bevölkerung sei. Jedoch seien die ersten Schritte zur Beseitigung dieses Zustandes bereits getan worden. Auch der Völkerbund habe alles Interesse an der Verwirklichung dieses Gedankens. Wenn er auch die Initiative in dieser Beziehung nicht ergriffen habe, so begleite er doch die Verhandlungen der unmittelbar beteiligten Staaten mit seiner Sympathie.

Dr. Stresemann wies hier auf die Erklärung Macdonalds hin.

Eine politische Abmachung biete eine ebenso große Sicherheit, wie Regimenter von Soldaten.

Falle die Barriere, die seit dem Ende des Krieges trennend zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbar stehe, so werde der Weg frei, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die ihm einst als Kriegsgegner gegenüberstanden, so eng und fruchtbar zu gestalten, wie das gemeinsame Interesse aller Völker und das ureigenste Interesse des Völkerbundes dies erfordere.

Die Angaben des Völkerbundes

Dr. Stresemann ging sodann auf die gegenwärtig im Völkerbund zur Verhandlung stehenden Fragen über und betonte, daß die viel erörterten Vorschläge übereinstimmend darauf hinzielten, durch den Völkerbundspakt und durch spätere Beschlüsse das geschaffene

rechtliche System der Friedenssicherungen noch weiter auszubauen.

Er begrüßte es, daß die englische und französische Regierung sich bereit erklärt hätten, die Schiedsgerichtsklausel des internationalen Haager Gerichtshofes zu unterzeichnen, wie dies Deutschland bereits seit langem getan habe. Deutschland verfolge den fortschreitenden Ausbau der schiedsgerichtlichen Vereinbarungen mit uneingeschränktem Vertrauen.

Weiter berührte Dr. Stresemann die verschiedenen Vorschläge der englischen Abordnung, die eine Klärung des Verhältnisses des Kelloggpaktes zum Völkerbundspakt herbeiführen sollen. Es sei unbedingt notwendig, in dieser Frage jede Unklarheit und Ungewißheit zu beseitigen. Die eingegangenen feierlichen Verpflichtungen verlangten eine Formel, die jedem, nicht nur dem Sachverständigen des Völkerrechtes verständlich sei. Wenn man dazu schreiten wolle, das gegenwärtige System der Bestimmungen der Völkerbundssatzungen mit den Grundgedanken des Kelloggpaktes in innere Harmonie zu bringen, so werde es nicht möglich sein, bei der Prüfung der Vorschläge für die einzelnen Artikel stehen zu bleiben. Es wäre notwendig, auch andere Bestimmungen des Völkerbundspaktes zu behandeln. Der französische Ministerpräsident Briand habe in seiner Rede, von der er wünsche,

daß sie in ihrem Appell an die Jugend Bestandteil der Erziehungsgüter der gesamten Jugend würde,

von einer Lücke gesprochen. Die deutsche Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß der Ausgangspunkt aller Bemühungen um die Friedenssicherungen der Ausbau der Methoden für die friedliche Vereinigung jeder Art von Streitigkeiten zwischen Staaten sein müsse.

Die allgemeine Abrüstung

Nun behandelte Dr. Stresemann das Problem der allgemeinen Abrüstung und hierbei auch die Frage etwaiger Sanktionsmaßnahmen. Mit größtem Interesse und Sympathie verfolge Deutschland den Gang der zwischen den großen Seemächten schwebenden Verhandlungen, über die in den letzten Tagen so verheißungsvolle Mitteilungen gemacht worden seien. Man müsse fordern, daß mit dem gleichen tatkräftigen Willen nun

auch die Arbeiten an der Abrüstung zu Lande gefördert würden.

Die deutschen Vertreter seien gezwungen gewesen, von den Beschlüssen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ausdrücklich abzurücken, um Deutschland nicht mit verantwortlich zu machen an einem Verfahren, das der deutschen Auffassung nach mit den Bestimmungen des Völkerbundspaktes nicht im Einklang zu bringen sei. Es sei zu hoffen, daß man aus diesem Stand der Genfer Abrüstungsarbeiten jetzt durch die Verhandlungen der großen Seemächte schnell herausgeführt werde.

Der Minderheitenschutz

Dr. Stresemann wandte sich sodann der großen Frage des Schutzes der Minderheiten zu, in der er bedeutungsvolle Ausführungen machte. Er wies darauf hin, daß bereits in der vorhergehenden Bundesversammlung von verschiedenen Seiten Anregungen für eine Neuregelung dieser Fragen gegeben worden waren. Dr. Stresemann betonte, man müsse an Hand der bisherigen Erfahrungen sich darüber klar werden, ob die früheren Beschlüsse und bisherigen Methoden berücksichtigt oder ergänzt werden müßten. Es wäre ihm nicht darauf angekommen, das Schicksal und die Verhältnisse einzelner Minderheiten zur Erörterung zu stellen. Vielmehr liege ihm daran,

die geltenden Verträge und die vom Völkerbund übernommenen Garantien und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten in ihrer Gesamtheit und ihrem grundsätzlichen Charakter einer ernsten Prüfung zuzuführen.

Dr. Stresemann stellte mit Genugtuung fest, daß im Sinne der deutschen und kanadischen Anträge eine Verbesserung des bisherigen Zustandes in der Behandlung der Minderheitenbeschwerden eingetreten sei. Dies rechtfertige die Hoffnung, daß ihre Durchführung die Garantie des Völkerbundes wirksam gestalten und dadurch im Kreise der Minderheiten selbst neues Vertrauen erwecken werde. Es seien allerdings nicht alle Anregungen erfüllt worden, die die deutsche Regierung in ihrer Denkschrift mitgeteilt habe. Die deutsche Regierung habe vor allem

eine Klärung der grundsätzlichen Fragen gefordert,

wie der Sinn und die Tragweite der Garantiepflicht des Völkerbundes zu verstehen seien und in welcher Weise die berufenen Instanzen des Völkerbundes dieser Garantiepflicht auch außerhalb des Gebietes der Beschwerde der Minderheiten zu genügen haben. Dr. Stresemann erklärte hier wörtlich: „Ich bin in der Tat überzeugt, daß der Völkerbund sich in der Ausübung seiner Garantiepflicht nicht auf die Erledigung einzelner an ihn herantretender Beschwerden beschränken darf,

sondern, daß er nach dem geltenden Minderheitenrecht darauf Bedacht zu nehmen hat, sich fortlaufend Gewißheit darüber zu verschaffen, wie sich das Schicksal der Minderheiten unter den in Kraft befindlichen Verträgen gestaltet."

Dr. Stresemann wies gleich wohl darauf hin, daß er zunächst die Weiterentwickelung der Lage und die Auswirkung der neuen Verbesserung abwarten wolle. Die Zukunft werde lehren, ob die neuen Verbesserungen die notwendige Garantie geschaffen hätten.

Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen mit einer allgemeinen Bemerkung: „Ich vermag in der Stellungnahme zu den Minderheitenproblemen

keinen Unterschied zwischen den interessierten und den nichtinteressierten Staaten anzuerkennen.

Es handelt sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Kriege geschaffenen neuen Regimes den Völkerbund in seiner Gesamtheit angeht.

Der Friede unter den Völkern wird umso besser gesichert sein, je mehr das unverzichtbare Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen geachtet und gewünscht wird."

Er hoffe, daß der Völkerbund in nächster Zeit für die Behandlung der Minderheitenfrage ein besonderes Organ schaffen werde, wie dies für die Wirtschafts- und Mandatsfragen bereits geschehen sei. Der Völkerbund müsse sich jedenfalls unter allen Umständen dauernd mit den Minderheitenfragen befassen. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit erklärte Dr. Stresemann, er nehme es als selbstverständlich an, daß alljährlich die 6. Kommission sich mit dem Bericht des Völkerbundes über diese Frage und mit der Lösung der ihm gestellten Aufgabe beschäftige und so die Fortschritte auf diesem Gebiet verfolgen werde. Er wolle davon absehen, in diesem Jahre die Behandlung der Frage in der 6. Kommission anzuregen und behalte sich dies für die kommenden Jahre vor. Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen zur Minderheitenfrage mit der Feststellung, daß große Vorrecht der Mehrheit müsse sich in der Weise zeigen, dafür zu sorgen, daß die Minderheiten sich in den Grenzen des Staates wohlfühlten und auf die Zugehörigkeit zu ihrem Staate stolz seien.

Briands Paneuropa

Stresemann ging hierauf auf die Paneuropapläne Briands ein. Hierzu erklärte er: In der Neugestaltung der Staatsverhältnisse in Europa sieht man ein Problem, mit dem der Völkerbund unmittelbar nichts zu tun hat. Der Völkerbund ist eine universelle Institution und nicht diejenige eines einzelnen Erdteiles. Es ist dies eine Frage, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gedanken der Weltwirtschaft steht. Es gibt sehr viele, die einen solchen Gedanken von vornherein abgelehnt haben. Es sind dies jene Pessimisten, die diesen Gedanken als unfruchtbare Utopien ablehnen. Sie sprechen von einer Romantik, die mit diesem Gedanken verbunden sei, von einer Unmöglichkeit, sie aus der Theorie irgendwie in die Wirklichkeit zu übernehmen. Weshalb sollte der Gedanke,

das was die europäischen Staaten einigen kann, von vornherein unmöglich sein?

Wenn diese Gedanken als undiskutierbar abgewiesen und zurückgewiesen werden, so möchte ich doch bitten, daß wir uns klar darüber werden, welche Ziele mit dieser Errichtung verfolgt werden. Politische Gedanken, namentlich in irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile, lehne ich mit aller Entschiedenheit ab. Wohl aber scheint mir Vieles durchführbar zu sein, das heute der Erfüllung harrt. Das erscheint in Europa und seiner heutigen Konstruktion vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus natürlich grotesk.

Es erscheint mir grotesk, daß die Entwickelung Europas nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen zu sein scheint. Nehmen wir als Beispiel Italien. Wer könnte sich heute vorstellen, daß es ein nicht ganz einiges Italien gebe? So gibt es im neugeschaffenen Europa einen ganz ähnlichen Eindruck: Wir haben eine große Anzahl neugeschaffener Staaten. Ich will hier nicht das politische Gesicht des Versailler Friedensvertrages diskutieren, aber auf das wirtschaftliche muß ich denn doch näher eingehen.

Man hat zwar eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen, aber hat die alten Beziehungen der europäischen Wirtschaft vollkommen beiseite gelassen.

Es sind neue Grenzen geschaffen worden, neue europäische Gesandten, andere Staaten sind geteilt worden. Diese müssen sich selbst einen neuen Absatz suchen und im eigenen Lande möglichst Absatzmöglichkeit suchen, um ihre Wirtschaft rentabel zu gestalten. Jede Rationalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse würde nicht nur einzelnen Produzenten, sondern auch den Abnehmern anderer Erdteile zu Gute kommen. Will man in diesem Gedankengang weiter fortgehen, so müßte der Völkerbund neue Verhandlungen anknüpfen, neue Vereinbarungen schaffen, die dem Austausch der Güter dienen und die den Zweck haben, den internationalen Wettbewerb einzuschränken. Wir sind jederzeit bereit, an diesen Arbeiten teilzunehmen.

Vorwärts zur Verständigung

Man hat in der Erörterung der Politik der letzten Jahrzehnte vielfach die Frage offen gelassen, ob die **Vorwärtsentwickelung des Verständigungswillens der letzten Jahre durch den Völkerbund unmittelbar oder mittelbar beeinflußt wurde.**

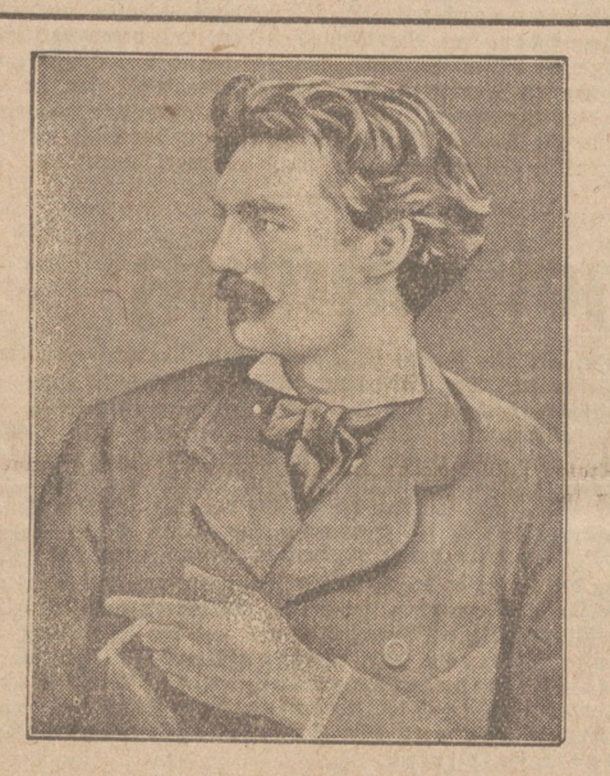
Es ist sehr schwer, dies zu entscheiden. Herr Briand hat einmal davon gesprochen, wie außerordentlich schwierig es sei, für diesen Gedanken der Verständigung der Völker und des Friedens als Ideal die Jugend zu gewinnen, weil der Heroismus des Krieges der Poesie der vergangenen Jahrhunderte die Jugend bis in die Gegenwart hinein beherrsche und beherrscht. Unzweifelhaft ist das richtig. Wir wollen uns klar darüber sein, und uns dessen freuen, daß der Heroismus, die Hingabe an ein großes Ideal der Völker noch nicht ausgestorben ist, aber ich glaube, jenen, die der Erinnerung leben, an den Heroismus der Jugend aller Völker in der Geschichte der Jahrhunderte und Jahrtausende das eine zurufen zu können: daß in zukünftigen Kriegen dem persönlichen Heroismus wenig Betätigung gegeben ist, selbst wenn wir von allen anderen absehen.

Wir in unserem Kreis haben die nüchterne Aufgabe, Völker einandernäher zu bringen, ihre Gegensätze zu überbrücken. Zweifeln wir nicht daran, es gibt Gegensätze, starke und heftige Gegensätze. Es handelt sich um eine schwere Arbeit, schrittweise vorwärts zu kommen, diese Gegensätze zu vermindern und jenem Zustand uns zu nähern, den wir alle erhoffen.

Abschluß der allgemeinen Aussprache in Genf

Genf. Nach dem bevorstehenden Abschluß der allgemeinen Aussprache der Vollversammlung werden die sechs Kommissionen in die sachliche Aussprache über die verschiedenen Fragen, die Abrüstungs-, Minderheiten-, Wirtschaftspolitik usw. eintreten. Die große Aktivität, die die englische Regierung auf dieser Tagung entfaltet, wird sich in erster Linie in den Kommissionen kundtun.

Am Schluß der heutigen Sitzung ergriff der Schweizer Bundesrat Motta das Wort. Er hob den Sieg des Schiedsgerichtsgedankens hervor.



Zum 100. Geburtstag des Malers Anselm Feuerbach

Vor nunmehr 100 Jahren, am 12. September 1829, wurde der bedeutende Vertreter der deutsch-römischen Schule der Malerei, Anselm Feuerbach, in Speyer geboren. Seine Motive entnahm der Meister vornehmlich der Antike. — Unser Bild zeigt ein Selbstporträt Anselm Feuerbachs.

Polens Wiederwahl zum Ratsmitglied

Die Zusammensetzung des Völkerbundrates

Genf. Die Vollversammlung hat am Montag die Wahlen für die alljährlich ausscheidenden drei Ratsmitglieder (Polen, Chile und Rumänien) vorgenommen. In der geheimen namentlichen Abstimmung wurden 53 Stimmen abgegeben. Gewählt wurde Polen mit 50 Stimmen, Südslawien mit 42 und Peru mit 36 Stimmen. Ferner erhielten: Norwegen 22 Stimmen, Uruguay 5, Dänemark eine, Litauen eine, und Schweden eine.

Die Wiederwahl Polens, das bereits 1926 in den Rat gewählt worden war, erfolgt auf Grund des Polen erteilten Charakters der Wiederwählbarkeit.

Der Rat, der aus 14 Mitgliedern besteht, setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen:

5 ständige Ratsmitglieder: Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan.

2 nichtständige aber wiederwählbare Ratsmitglieder: Polen und Spanien.

7 nichtständige Ratsmitglieder: Persien, Finnland, Kanada, Südslawien und die drei lateinamerikanischen Staaten Peru, Kuba und Venezuela.

Die Auswirkung des Bombenattentats

Verhaftung ukrainischer Studenten

Warschau. Die Untersuchung in Lemberg soll jetzt einwandfrei ergeben haben, daß auch der Brand im Gepäckraum des Lemberger Hauptbahnhofes auf die Explosion von vier in einem Koffer befindlichen Bomben zurückzuführen ist. Die am Sonntag in unmittelbarer Nähe des Messegeländes gefundene vierte Bombe dürfte von den Urhebern der Anschläge in der Eile im Gebüsch versteckt worden sein. Bisher sind in Lemberg fünf ukrainische Studenten und Schüler verhaftet worden. Die polnische Presse widmet den Lemberger Vorgängen lange Ausführungen und zählt die angeblichen Sünden des geheimen ukrainischen Wehrverbandes gegen den polnischen Staat auf, wobei der Verband der Untersuchung vorgreifend auch für die letzten Anschläge verantwortlich gemacht wird. Einige Blätter gehen soweit, die ukrainische Wehrorganisation mit dem deutschen Ostbund in Verbindung zu bringen und stellen die unsinnige Behauptung auf, daß die deutsche Außenpolitik als angebliche Drahtzieherin die Schuld an den galizischen Terrorakten trage.

Warschau. Wie die Untersuchung des Anschlages auf die Lemberger Messedirektion ergeben hat, ist die Bombe nicht, wie zuerst angenommen wurde, durch das Fenster geworfen worden, es handelt sich vielmehr um eine Höllenmaschine, die in einem Koffer verpackt am Sonnabend gegen 8 Uhr abends von einem jungen Mann im Verwaltungsbüro untergestellt wurde. Er bat den anwesenden Beamten, seinen Koffer zu verwahren und das Gepäckstück wurde unter einen Tisch gestellt. Etwa eine halbe Stunde später ereignete sich die schwere Explosion. Der Zustand der am ganzen Körper mit Wunden bedeckten Hauptkassiererin ist hoffnungslos. Die Polizei soll dem Täter bereits auf der Spur sein. Die Untersuchung des Brandes im Lemberger Bahnhof hat ergeben, daß es sich auch dort um einen verbrecherischen Anschlag gehandelt haben kann. Am Sonntag morgens ist am Eingang zur Lemberger Messe wieder ein Paket mit Explosivstoff gefunden worden.

Beruhigung in Palästina

Jerusalem. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Nachdem die Beduinen bei Beerseba zerstreut wurden, herrscht nunmehr in allen Teilen Palästinas vollkommene Ruhe. Die Regierung hat den Geschädigten versprochen, Schadenersatz zu leisten durch die Auferlegung einer Kontribution auf die arabischen Räuberdörfer.

Das britische Flugzeugmutterschiff Courageous ist nach Jaffa zurückgekehrt.

Die abrüstungsfeindliche Propaganda in Amerika

Berlin. Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus Amerika hat der Reklame-Agent der Bigg Navy Gruppe, Shearer, in einer Antwort an Präsident Hoover vier Admirale namhaft gemacht, die ihm das Material zu einer Antiabrüstungspropaganda geliefert haben. Diese vier Admirale, Robison, Plunkett, Pratt und Wiley haben, wie er behauptet, ihm schon im Jahre 1924 eine Aufstellung gegeben, zu dem Zweck, gegen jede Herabsetzung der amerikanischen Seerüstungen die Oeffentlichkeit mobil zu machen.

Senator Borah hat veranlaßt, daß die vier Admirale vor den am Dienstag zur Untersuchung zusammentretenden Marineausschuß des Senats geladen werden.

Kundgebungen in Aegypten

London. Anläßlich des Einzuges des Koptenführers Makram Ebeid in Kairo kam es dort zu lebhaften Straßenkundgebungen. Makram hatte bereits in Alexandrien trotz der Warnungen der Polizei aufreizende Reden gehalten. Sowohl in Kairo, als auch in Alexandrien wurden zahlreiche Personen verhaftet.

Kämpfe an der mongolisch-chinesischen Grenze

Peking. Das chinesische Oberkommando teilt mit, daß es am Sonntag 100 Kilometer von Hailar entfernt an der mongolisch-chinesischen Grenze zu neuen Zusammenstößen zwischen den mongolischen Truppen und Chinesen gekommen ist. Die Mongolen haben die chinesischen Truppen mit Maschinengewehren und in Flugzeugen angegriffen, wobei es den chinesischen Truppen gelungen ist, zwei Flugzeuge abzuschießen. Die Verluste sollen sehr groß sein. Die chinesische Regierung hat Verstärkungen an die Grenze entsandt.

Französische Autonomistenpropaganda im Saargebiet

Hessen. Die Rheinisch-westfälische Zeitung läßt sich aus dem Saargebiet berichten, daß dort die Propaganda für ein autonomes Saargebiet außerordentlich zugenommen habe. Diese Zunahme sei zu bemerken, seit der Herausgabe neuer vertraulicher Richtlinien für die Propagandatätigkeit des französischen Ministeriums des Aeußern am 25. Juli. Die Zeitung bringt eine Reihe von Einzelheiten über die Zunahme dieser Propagandatätigkeit zur Kenntnis und veröffentlicht eine große Reihe von Namen der hauptsächlichsten französischen Propagandisten, sowie deren amtliche Stellungen.

Brüssel Sitz des Ausschusses für die internationale Bank

Berlin. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird der Ausschuß für die internationale Bank in Brüssel zusammentreten. Drei weitere Ausschüsse werden voraussichtlich in Paris tagen. Wo die übrigen Ausschüsse zusammentreten werden, steht noch nicht fest.

Die Brandstifterin

Roman von Erich Eberstein

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das war ein guter Gedanke, daß du mir noch was zum Essen hergestellt hast! Bin rechtschaffen hungrig jetzt!"

„Hab' mir's wohl denkt, Bauer, daß Ihr noch essen mögt, wo Ihr Euch früher in der Aufregung keine rechte Zeit zum Abendbrot genommen habt."

„Warum bist denn aber nit schlafen gangen? Ist ja schon spät!"

„Das macht nix! Ich brauch' nit viel Schlaf. Bleib' ja immer auf, bis Ihr heimkommt, weil ich denk, Ihr braucht vielleicht noch was."

„So? Immer bleibst auf?" fragte der Bauer, der sich über das Essen hergemacht, nachdenklich. Denn bisher hat er nie geachtet darauf.

„Freilich," lacht Brigitte, „ich mein', es müßt Euch sonst gar traurig sein, wenn Ihr in die finstere Stube kämt und keines wär' mehr da zum Bedienen. Der Feistelbauer, wo ich früher Hauserin war, hat's mir so angewöhnt. Es wär' kurzweiliger, wenn eins zum Plauschen da wär', hat er gemeint. Aber wenn Ihr lieber allein sein wollt, geh' ich schon."

„Nein, nein, bleib' nur."

Brigitte beginnt von der Wirtschaft zu reden. Wie eine gute Hausmutter, der jede Kleinigkeit am Herzen liegt, bespricht sie dies und jenes mit dem heute willig darauf eingehenden Großreicher. Die Ernte, die Arbeiten für den kommenden Herbst, die Sorgen der Rosel um ihren Mann und die Krankheit des Peter, über alles spricht sie ihre Gedanken aus — „und gar nit dumm", wie der Bauer bei sich feststellt.

Ihr Reden tut ihm wohl, und das Sitzen in der behaglichen Stube nicht minder.

So braucht er nicht schlaflos zu liegen drüben in seiner Kammer und wieder ins Grübeln zu kommen.

„Hast noch kein Schlaf?" fragt er ein paarmal. Aber sie verneint jedesmal eifrig.

„Nit einmal denken! Wo's grad' jetzt so schön plauschen ist! Beim Tag kommt eins vor Arbeit nie dazu und ist doch notwendig, daß ich in jeder Sach' Euern Willen kenn', Bauer, damit ich mich danach richten kann. Immer schon hab' ich mir gewünscht, daß Ihr einmal ein Enderl Zeit dafür findet! Möcht' doch, daß ich Euch zufriedenstell' und Euch 's Haus wieder lieb mach'. Wär' ja sonst ein armes Hascherl, so ein Witwer, wenn keines auf ihn schauen tät und er niemand neben sich hätt', auf den er sich verlassen kann!"

„Ja, ja!"

„Denn auf die Dienstboten ist heutzutage ja auch kein rechter Verlaß."

„Das stimmt, Brigitte!"

„Dürft aber den Kopf nit hängen lassen, Bauer, weil die Rosel jetzt fort ist und der Bub krank. Wird sich schon alles wieder einrenken. Die Rosel wird — ich hab's alleweil so im Gefühl — nit lang in der Stadt bleiben."

„Meinst?"

„Ja, ich glaub's bestimmt! Und mit'n Peter wird sich's auch bessern. Müßt nur ein bissel mehr Geduld mit ihm haben. Er ist kein schlechter Bub, bloß ein bissel gach und halt — halt kränklich. Aber das wird sich schon geben, bald er in die mannbare Jahre kommt und zu Verstand. Nachher wird er gut tun, daß Ihr noch Eure Freud' an ihm haben werdet!"

„Gott geb's!"

„Und bis dahin werd' ich schon das meinige tun, daß ich Euch zufriedenstell', Bauer, und Ihr's nit so hart spürt, daß Euch unser lieber Herrgott die Frau genommen hat!"

„Weiß ich, Brigitte, bist eine gute Seel' und schaust auf mich, wie's recht ist!"

„Nachher seid's zufrieden mit mir?" fragt sie mit strahlendem Gesicht, und ihre schwarzen Augen versenken sich seltsam leuchtend in die seinen.

Dem Großreicher wird es unbehaglich unter diesem Blick. Er steht auf.

„Halt ja, ich bin zufrieden. Hätt' mir keine bessere finden können, aber ich mein', jetzt wär's Zeit, an's Schlafengehen zu denken."

Er nimmt das Licht, das sie ihm eilfertig angezündet, sagt „Gute Nacht" und verläßt die Stube.

Brigitte blickt ihm befriedigt lächelnd nach.

„Noch ein paar Abende wie dieser, und er kommt mir nimmer aus!" denkt sie. „Die einzige, die ich fürchten hätt' müssen, wär' die Ketten-Hieslin gewesen, aber die hat mir unser Herrgott gottlob im rechten Augenblick aus'm Weg geräumt! Um die Brandstifterin fragt er nimmer, dazu ist er viel zu stolz und ist ihm seine Ehr' zu viel wert — so wird's mir diesmal wohl glücken."

XX.

Von der Rosel kommt schon am zweiten Tage Nachricht. Mit ihrem Mann steht es schlimm, und wenn er davonkommt, bleibt er ein Krüppel sein Leben lang. Das Unglück geschah auf einer abschüssigen Straße, wo dem Wagenlenker die Bremse versagte, so daß das Auto mit voller Wucht in einen eben einbiegenden Straßenbahnwagen hineinfuhr. Das Auto wurde völlig zertrümmert, der Lenker an einen Laternenpfahl geschleudert, wo er mit gebrochenem Genick liegen blieb. Beidler aber kam unter den Straßenbahnwagen, von wo man ihn mit schweren inneren und äußeren Verletzungen hervorzog.

Der Brustkorb war gequetscht, ein Fuß ganz abgetrennt, der andere so arg mitgenommen, daß er vielleicht würde abgenommen werden müssen.

Erschüttert starrt der Großreicher auf den Brief, der so viel Unglück meldet.

Ein Krüppel — der Mann seiner Rosel! Auch das also sollte sie noch durchs Leben schleppen neben allen andern Enttäuschungen, die ihr diese Heirat gebracht.

Brigitte tröstete ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

Bischof Dr. Lisiecki besucht Pleß.

Nachdem Bischof Dr. Lisiecki seit Wochenbeginn die Gemeinden der Plesser Landschaft bereist, wird er zum Wochenende der Stadt Pleß einen Besuch abstatten. Die Empfangsfeierlichkeiten werden sich am Sonnabend, den 14. d. Mts., morgens 7¾ Uhr, auf dem Ringe abspielen, wo der Kirchenfürst von der Bürgerschaft begrüßt werden wird. Im Anschluß daran erfolgt eine Begrüßung durch die Geistlichkeit im Gebäude der Pfarrei.

Für den Sonnabend sind weiter vorgesehen: um 8 Uhr eine stille heilige Messe. Darauf wird Bischof Dr. Lisiecki die hiesigen Lehranstalten einer Visitation unterziehen und zwar um 9¼ Uhr das Lehrerseminar, um 10¾ Uhr das Mädchengymnasium, um 12 Uhr das deutsche Gymnasium, um 3 Uhr nachmittags die Schulkinder in der Kirche, um 5 Uhr die Wirtschaftsschule in Altdorf. Abends um 7½ Uhr versammeln sich die kirchlichen Vereine zu einem Zapfenstreich auf dem Platze vor dem Kreisgericht. Der Fackelzug wird dann über den Ring nach dem Kirchplatz geführt.

Sonntag, den 15. d. Mts., findet morgens 6 Uhr eine stille heilige Messe statt, um 7 Uhr eine polnisch gesungene heilige Messe, um 8 Uhr hält Bischof Lisiecki eine Pontifikatandacht für die Firmungskinder ab, worauf um 9½ Uhr die Firmung stattfindet. In der Hedwigskirche wird um 9 Uhr ein deutsches Hochamt zu Ehren der Mutter Gottes für ein Jahreskind und um 10½ Uhr ein polnisches Hochamt abgehalten. Nachmittags findet nur eine Vesperandacht um 3 Uhr statt.

*

Am Mittwoch, den 11. d. Mts., wird morgens 7¼ Uhr, eine Jahresmesse für Wilhelm, Philipine und Ottilie Friebler gehalten.

Schießen um das Dormannsche Legat in Pleß.

Das Ergebnis um das Dormannsche Legatschießen war folgendes: 1. Kaufmann Glanz. 2. Kaufmann Witalinski. 3. Weszka. 4. Kaufmann Danecki. 5. Kaufmann Morciszek. 6. Klempnermeister Schwarzkopf.

Kirchenchorprobe.

Die nächste Probe des Plesser evang. Kirchenchores findet Mittwoch, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Kirche statt. Dieselbe wird durch Lehrer Meißner gehalten werden. Neue Mitglieder werden gern aufgenommen.

Frauen- und Mutterfreizeit in „Bethesda".

In den Gebäuden der Kinderheilherberge „Bethesda" in Goczalkowitz veranstaltet der Verband des evangelischen Frauenvereins im oberschlesischen Abtretungsgebiet in der Zeit vom 5—12 d. Mts., die erste Freizeit für evangelische Frauen und Mütter statt. Die Leiterin dieser Veranstaltung hat Frau Pastor Zimmermann aus Anklam, die in Schlesien vom letzten Verbandstage als Hauptrednerin bekannt ist, übernommen. Sie wird an den 6 Werktagen Vorträge über folgende Themen halten: 1. Glück und Not im Eheleben. 2. Sind Kinder ein Glück? 3. Kleinere Kinder. 4. Große Kinder. 5. Wenn der Herbst naht. 6. Religiöses Leben im Hause. Die Beteiligung an der Freizeit ist groß.

Für Touristen und Skiläufer.

Um den Besuchern des Schutzhauses auf der Kamitzer Platte den Aufenthalt möglichst angenehm zu machen, hat der Beskidenverein den Eingang in das Schutzhaus durch einen Vorbau geschützt. Man verspricht sich davon einen Schutz des Hausinneren vor Winterkälte, wodurch das ganze Haus wohnlicher werden wird. Für die Skiläufer werden in den Souterrainräumen Skidepots hergestellt. — Am 15. Oktober d. Js., vormittags gegen 10½ Uhr, erfolgt die Enthüllung der zur Erinnerung an Viktor Starke beim Schutzhause angebrachten Gedenktafel, die der Beskidenverein dem Andenken an sein mehr als 2 Jahrzehnte tätigen Vorstandsmitgliede weihen will.

Kino in Pleß.

Am Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. ds. Mts. wird im hiesigen Kino das 10-aktige Lustspiel „Der Tanzstudent" gezeigt. In den Hauptrollen spielen Willi Fritsch und Dita Parlo. Als Beiprogramm, ist eine Wochenschau zu sehen. Am Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. d. Mts., läuft der Film „Dr. Monier und die Frauen."

Gut Zabrzeg zu Parzellierungszwecken gekauft.

Das dem Grafen Thiele-Winckler bisher gehörige Gut Zabrzeg, etwa 200 Hektar groß, ist vom Bodenamt zu Parzellierungszwecken angekauft worden. In erster Linie sollen Bewohner von Neuberun und Czarnuchowitz berücksichtigt werden.

Golassowitz.

Grundsteinlegung zum Bau des evangelischen Gemeindehauses.

Am Donnerstag, den 12. d. Mts., 12,45 Uhr, mittags, findet die Grundsteinlegung zum Bau des evangelischen Gemeindehauses in Golassowitz statt. Das Ziel, das sich die Gemeinde zu Beginn dieses Jahres gesteckt hat. Errichtung eines Hauses, in welchem das Gemeindeleben in seiner Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit neben der Kirche geleitet werden soll, geht nun seiner Verwirklichung entgegen. Der Aufruf an die Gemeindeglieder zu Mitarbeit und Opfer hat einmütigen Widerhall gefunden. Aus Hütte und Schloß kam die freudige Antwort: Ich will mithelfen. So hat die ganze Gemeinde mit eisernem Willen ihr Ziel verfolgt und geht nun mit freudigem Herzen dem Tag entgegen, da das Gemeindehaus Wirklichkeit werden soll. Gott gebe seinen Segen zum Werk.

Schadenfeuer in Althammer.

Am vergangenen Freitag in den frühen Morgenstunden brach in dem Anwesen des Arbeiters Smialek in Althammer ein Feuer aus. Nachdem Sm. sich zur Arbeit begeben hatte, legten sich seine Frau und Kinder schlafen. Plötzlich erwachten die Kinder und sahen, daß es in der Stube brannte. Als die Mutter erwachte, war schon nichts mehr zu retten. Das hölzerne Wohnhäuschen und der Stall brannten ab. Alle Stubengeräte, Bettfedern, Bekleidungsstücke und eine Ziege, die sich im Stall befand, sind verbrannt. Die Ursache zu dem Feuer ist bis jetzt noch unbekannt.

Neubauten in Staude.

Unter andern werden in der Gemeinde Staude folgende Neubauten ausgeführt: Vinzent Sojka, Johann Kaspar und Josef Pawla je ein Wohnhaus.

Auftakt zu den Kommunalwahlen in Oberschlesien

Als am vergangenen Sonntag die polnische Presse die Meldung von der Ausschreibung der Kommunalwahlen in der Wojewodschaft Schlesien brachte, stürzte sich die Korfantypartei als erste in die Wahlarbeit, indem sie noch am selben Tage eine Delegiertentagung der Kreise Kattowitz und Schwientochlowitz veranstaltete, auf welcher Korfanty das Hauptreferat über die Befreiung Polens von der Sanacja hielt. Sodann sprach Stadtverordneter Piechulek über die Wirtschaft in den oberschlesischen Städten und Landgemeinden und illustrierte am Beispiel Groß-Kattowitz besonders die Wirtschaft der Sanacja, den Druck der Aufsichtsbehörden auf die Gemeinden, die Nichtachtung der Gesetze, die kommissarische Herrschaft und zahlreiche Mißbräuche in sachlicher und persönlicher Hinsicht. Die von Piechulek vorgeschlagene Entschließung, welche einstimmige Annahme fand, hatte folgenden Wortlaut:

„Für die kommenden Gemeindewahlen beschließt die Delegiertenversammlung der Christlich-Demokratischen Partei aus den Kreisen Kattowitz und Schwientochlowitz, daß die Partei vor allen Dingen die Wiederherstellung der Ordnung im kommunalen Leben und volle Rechte der Selbstverwaltung anstreben muß, die unter dem Druck der Aufsichtsbehörden in sehr vielen Gemeinden eigentlich zu bestehen aufgehört haben. Angesichts der verschwenderischen Wirtschaft in vielen Gemeinden, der Verschuldung und ungeheuren Steuerlasten, der Besetzung von Aemtern mit Parteileuten, meistens ohne berufliche Befähigung, muß die Christlich-Demokratische Partei danach streben, daß die Selbstverwaltung saniert und gereinigt wird und ihr alle Rechte im vollen Umfange wiedergegeben werden. Daher empfiehlt sie ihren Anhängern, daß sie sich rechtzeitig nach rechtlich denkenden, uneigennützigen, unabhängigen und vor allen Dingen nach Männern mit steifem Rückgrat umsehen. In erster Linie müssen Recht und Ordnung in den Selbstverwaltungen wiederhergestellt und sie von den Nutznießern des Sanacjasystems gesäubert werden. Daher muß die Wahlparole für die Christlich-Demokratische Partei sein:

Fort mit der Sanacja!"

Auch die „Polonia" nimmt unverzüglich zu den Kommunalwahlen Stellung, indem sie schreibt:

„Die Selbstverwaltung hat eigentlich zu bestehen aufgehört, weil die Aufsichtsbehörde ihr Aufsichtsrecht so auffaßt, daß sie aus den kommunalen Körperschaften ein Werkzeug zur Durchführung ihrer Befehle machen möchte. Schon längst haben die kommunalen Körperschaften aufgehört, eine Schule für die Bürgerschaft zu sein. Es ist Zeit, daß dieser Wirtschaft ein Ende gemacht wird!

Die Sanacjaclique, die jetzt auf ihre Weise wirtschaftet, wird in verschiedenen Gemeinden alle Mittel anwenden, um sich bei der Herrschaft zu erhalten.

Schnaps, Wurst, verschiedene Unterstützungen und vor allem Versprechungen werden abermals eine große Rolle spielen, besonders, weil angesichts des Wahlzwangs alle diejenigen zu den Wahlen werden gehen müssen, welche sich für das öffentliche Leben überhaupt nicht interessieren.

Die Sanacja wird versuchen, auch an unser patriotisches Gefühl zu appellieren, sie wird auf die deutsche Gefahr hinweisen und zur nationalen Einheitsfront aufrufen, aber von vornherein erklären wir, daß es für einen anständigen, rechtlich denkenden Bürger keine Einheitsfront mit den Sanatoren gibt.

Wer Ordnung und Reinheit in unserem öffentlichen Leben wünscht, für den kann es nur eine Losung geben:

Fort mit der Sanacja!"

Der „Kurjer Slonski" gibt zunächst eine Erläuterung für die Maßnahme, daß die Städte Königshütte, Myslowitz, Tarnowitz, Rybnik vorläufig keine Wahlen haben. Danach sind unter Stadtvertretungen, deren Kadenz nicht in diesem Jahre abläuft, diejenigen Kommunen zu verstehen, in denen im Jahre 1926 gegen die damaligen Kommunalwahlen Protest erhoben worden ist und die Bestätigung der gewählten Körperschaften erst später erfolgt ist. Das Gesetz bestimmt, daß die Kadenz von dem Zeitpunkt der Bestätigung der Stadtvertretung durch die Aufsichtsbehörde läuft. Dieser Passus hat in den genannten Städten Anwendung gefunden, weil gerade in diesen Gemeinden die Sanacja eine Niederlage erleiden würde.

Auf Teschen-Schlesien rechnet die Sanacja am meisten dank der Einnistung zur Zeit des Prälaten Londzin und jetzt dank der Beherrschung des Vorstandes des Schlesischen Katholikenverbandes. Dieses bessere Ergebnis in Teschen-Schlesien soll eine Ar. „geistige Aufrichtung" der Sanacja im oberschlesischen Teile der Wojewodschaft bei den dort später angesetzten Wahlen sein. Ueberhaupt bedeuten die Kommunalwahlen eine Probe seitens der Sanacja vor den Wahlen zum Schlesischen Sejm, deren Termin wahrscheinlich auf Januar oder sogar Februar des kommenden Jahres verlegt werden wird.

Die gegenwärtigen Kommunalwahlen in Schlesien tragen dank den durch die Sanacja geschaffenen Verhältnisse einen ungewöhnlichen Charakter. Sie müssen daher eine sehr deutliche Antwort auf die dauernden Provokationen der Bevölkerung durch das Lager der Sanacja sein als lauter Protest gegen die gemeinen Methoden der Sanacja.

Die „Gazeta Robotnicza" nimmt zu den Kommunalwahlen wie folgt Stellung:

„Wenn gewöhnlich solche Wahlen unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten stattfinden, so haben die jetzigen Wahlen ausnahmsweise und fast ausschließlich politische Bedeutung. Im polnischen Lager wird sich der Wahlkampf unter der Parole: Für oder gegen die Sanacja abspielen. Diese Verhältnisse werden zwar für die Deutschen eine bequeme Situation schaffen, aber die Schuld daran trägt die Sanacja, die durch ihre politischen Kampfmethoden zu einer geradezu unerhörten Aufpeitschung der Gemüter der polnischen Bevölkerung beigetragen hat. Vom Jahre 1920 bis heut haben wir eine derartige Erbitterung auf beiden Seiten nicht erlebt. In dieser Form, wie das jetzt geschieht, spielten sich die Kämpfe lediglich in der Abstimmungszeit, und zwar zwischen dem polnischen und dem deutschen Lager ab.

Dieselben Kampfmethoden sind wieder aufgelebt, und hinzugekommen ist das tief eingewurzelte Gefühl der Verbitterung. Die Folgen dieser schrecklichen Leidenschaft und des kriegerischen Hasses werden sich erst später in krassem Lichte zeigen. Wir befürchten, daß die schlesische Bevölkerung ihre Unzufriedenheit nicht in der Richtung einer gesunden sozial-wirtschaftlichen Bewegung entladen wird. Wir befürchten, daß die schlesische Bevölkerung nach abermaliger Enttäuschung sich in ihrer Mehrheit für den radikalsten deutschen Nationalismus erklären wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sanacja alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Bewegung setzen wird, um aus diesen Wahlen wenn auch nicht siegreich, so doch wenigstens mit kleinen Verlusten hervorzugehen. Wieder wird die wilde Entrechtung und Demoralisation der oberschlesischen Bevölkerung einsetzen. Das Geld wird die entscheidende Rolle spielen. Das werden wahrhaft amerikanische Wahlen sein."

Spricht aus allen diesen Pressestimmen nur allzu deutlich die Furcht vor der „deutschen Gefahr", so wirkt der Notschrei aus Krakau („Ilustrowany Kurjer Codzienny") geradezu grotesk, der in folgender Forderung ausklingt:

„Das deutsche Lager ist für die Gemeindewahlen gerüstet, aber das polnische Lager ist dafür unerhört zerschlagen, so daß schon heute daran gedacht werden muß, für die Zeit der Wahlen den Bruderzwist einzustellen und überall mit einer gemeinsamen Liste zur Wahlurne zu schreiten. Nur eine polnische Einheitsfront kann dem polnischen Lager den Sieg auf dem Gebiete der Wojewodschaft Schlesien bringen."

Doch das ist die Stimme des Rufenden in der Wüste. — Die in Oberschlesien vollends verfehlte Taktik der Sanacja muß und wird die gerechte Vergeltung erfahren. Die oberschlesische Bevölkerung wird mit dem Wahlzettel in der Hand machtvoll zum Ausdruck bringen, daß sie mit der Art Polentum, wie es den wenigen Fanatikern von der Sanacja vorschwebt, nicht das geringste zu tun haben will. Sie wird am wirksamsten gegen Rechtlosigkeit und Mißwirtschaft demonstrieren, wenn sie deutsch wählt.

Nachklang zur Stadtverordnetensitzung

Den Eifer unserer Stadtväter, mit dem sie sich für die schleunigste Beendigung des Baues der sogenannten Minderheitsschule einsetzten, muß man loben. Denn ob man nun dieses Gebäude gern oder nicht gern sieht, so ist es doch allgemein ein Skandal geworden, daß dieser Umbau bis heut noch nicht beendet ist. Vor Jahresfrist, als die Kinder nach den Ferien zur Schule kamen, mußten sie wieder heimgeschickt werden, da in dem Hause ein Unterrichten unmöglich war. Jetzt, wo der Unterricht wieder begonnen hat, ist man wohl weiter, aber noch nicht zu Ende gekommen und so wird wohl eintreten, was man befürchtet hat, daß ein geordneter Schulbetrieb vor Ablauf von 2 Monaten kaum beginnen wird. In weiser Voraussicht dessen, daß um die Verteilung der Räume ein Streit ausbrechen wird, haben die Stadtväter beschlossen, bei der Verteilung mitzuwirken und die Versammlung hat die Herren Pfarrer Bielok, Kirchenrat Drabek, Stadtv. Tulaja und Dr. Pokorny mit diesem Mandat beauftragt. Die Bürgerschaft wird der Versammlung für die Beschlüsse Dank wissen, da sie eine Garantie für den häuslichen Frieden, an dem es in dem Schulhause manchmal gefehlt hat, bieten.

Wie ein Geist aus dem Grabe ist auch wieder das Mädchengymnasium zum Vorschein gekommen. Veranlassung gab dazu ein Schreiben an die Versammlung, in dem die Errichtung der 7. Klasse gefordert und widrigenfalls mit „Konsequenzen" gedroht wurde. Die Behandlung des ganzen Zwischenfalls hat man denn auch ziemlich diktatorisch erledigt. Wer Zeuge der vielen Diskussionen war, die im vergangenen Halbjahr über das Mädchengymnasium gehalten werden, die geradezu ängstliche Vorsicht unserer Stadtväter in der Behandlung dieser heiklen Angelegenheit verfolgt hat, muß wohl sagen, daß es ein Gremium von einem solchen Verantwortungsbewußtsein, wie unsere Stadtverordnetenversammlung, ein zweites Mal nicht oft gibt. Man muß sich heute geradezu glücklich preisen, daß prominente Mitglieder der Versammlung und des Magistrates noch einmal, als fast alle Möglichkeiten erschöpft waren, an autorativer Stelle in der Wojewodschaft die Basis für den Beschluß, die Mittel für den Aufbau der 7. Klasse nicht zu bewilligen, bekommen haben. Wer jetzt noch päpstlicher als der Papst sein will, mag dies als seine Privatmeinung gelten lassen, für eine ernsthafte Diskussion ist die Angelegenheit erledigt.

Wie immer bei den Stadtverordnetensitzungen mußte auch dieses Mal wieder viel Kleinarbeit, die sich jedoch mitunter in recht beträchtlichen Summen auswirkt, erledigt werden. Renovationsarbeiten in der Kaserne, in der Maschinenhalle des Wasserwerkes. Die Elektrisierung der neuen Pilsudski-Kolonie wurde beschlossen, die neuen Statuten der Fortbildungsschule wurden genehmigt. Bis dahin war alles erledigt.

Nur den neuen Beigeordneten haben wir immer noch nicht. Die Wahl verfiel der Vertagung. Es ist bedauerlich es zu gestehen: die Scheu vor diesem Amte ist allgemein und niemand weiß so recht einen Ausweg. Vielleicht wären unsere Stadtväter in dieser leidigen Angelegenheit schon weiter, wenn sie auch diesmal das oft erprobte gute Mittel angewendet hätten und zwei Herren aus der Versammlung mit der Auswahl des Kandidaten und der Vollmacht mit ihm zu verhandeln, beauftragt hätten.

Pawlowitz.

Errichtung einer staatlichen Oberförsterei.

Bekanntlich wurden nach dem Uebergange der Staasoberhoheit in Oberschlesien an Polen, die beiden staatlichen Oberförstereien Rybnik und Paruschowitz in Rybnik zusammengelegt. Nunmehr hat sich aber die Notwendigkeit ergeben, den Verwaltungsbezirk wieder zu teilen. So ist vorgesehen, den Sitz der neuen Oberförsterei nach Pawlowitz zu verlegen. Mit dem Bau eines Verwaltungsgebäudes ist bereits begonnen worden.

Chausseebau Pleß-Kobier.

Der Neubau der Straße von Pleß nach Kobier ist bis auf ein etwa 2½ Kilometer langes Stück im Kobierer Walde fertiggestellt. Beim Andauern der guten Witterung könnte dieses Reststück in 4 bis 5 Wochen ebenfalls ausgebaut sein. Die Wiedereröffnung des direkten Wagen- und Autoverkehrs nach Kattowitz wird immer dringlicher.

Sportliches

Tennisturnier in Tarnowitz.

Das Nennungsergebnis weist in sämtlichen Konkurrenzen eine überaus zahlreiche Beteiligung aus allen Städten Oberschlesiens auf. Im Herreneinzel sind 40, im Dameneinzel 20 Nennungen abgegeben worden, während für das Herrendoppel und Gemischdoppel je 20 Meldungen vorliegen. Anwärter auf die Meisterschaft von Tarnowitz im Herreneinzelspiel sind voraussichtlich Nickisch (Kattowitz), Schmidt (Königshütte), Schnura, Fromlowitz, Franz (Beuthen) und Radlainski (Tarnowitz). Die Meisterin der Damen wird wohl in den Endrunden zwischen Frl. Volkmer, Fr. Marticke (Kattowitz), Fr. Micksch, Frl. Fromlowitz (Beuthen) und Frl. Bund (Tarnowitz) heiß umstritten werden. Im Herrendoppelspiel dürfte die Entscheidung zwischen Schmidt-Klytta (Königshütte), Dr. Tyczka-Fromlowitz (Beuthen), Nickisch-Pielok, Marticke-Beermann (Kattowitz) fallen. Die Paare im Gemischdoppel sind zu gleichwertig, um hier die Endsieger voraussagen zu können.

Der Beginn des Turniers muß wegen der starken Besetzung auf Sonnabend, den 14. September cr., vormittags 8 Uhr festgesetzt werden. Sämtliche Spieler müssen an beiden Tagen bereits um 8 Uhr auf der Platzanlage im Tarnowitzer Stadtpark spielbereit sein. Urlaubsgesuche können nur in dringendsten Fällen berücksichtigt werden.

Die auswärtigen Spieler finden Gelegenheit zum Umkleiden im „Hotel freie Bergstadt" am Ringe.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

5. Deutsche Hochschulwoche

„Schlesien, Land und Leute".

Der Deutsche Kulturbund veranstaltet in der Zeit vom 16. bis 24. September 1929 in Kattowitz im Saale des evangelischen Gemeindehauses (ul. Bankowa), die 5. Deutsche Hochschulwoche mit dem Thema „Schlesien, Land und Leute". Er will damit dem Heimatgedanken dienen. Es werden sprechen:

Dr. Willi Erich Peukert: über „Schlesische Volkskunde als Wesensschau des schlesischen Menschen".

Prof. Manfred Laubert: über „Schlesische Geschichte".

Geheimrat Dr. H. Jantzen: über „Schlesien in der deutschen Literatur".

Prof. Dr. Landsberger: über „Schlesien in der deutschen Kunst".

Die Vorträge finden in der Zeit von 8—10 Uhr abends statt und sind jedermann zugänglich. Die Teilnehmergebühr für die gesamte Woche beträgt für Mitglieder der dem Deutschen Kulturbund angeschlossenen Verbände 6 Zloty, für andere 9 Zloty. Die Gebühr für den Einzelvortragszyklus beträgt 4 Zloty und 5 Zloty. Der Einzelvortrag von Prof. Dr. Landsberger kostet 1 Zloty und 2 Zloty. Die Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr.

Die Teilnehmerkarten können bis zum 13. September 1929 in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Kattowitz, Starowiejska 9, I, unter gleichzeitiger Erlegung der Teilnehmergebühr, gelöst werden. Dienststunden täglich von 9—18 Uhr durchgehend, Sonnabend nachmittags geschlossen. Restliche Plätze werden an der Abendkasse verkauft. In der Teilnehmergebühr für die Gesamtwoche ist der Preis eines Festheftes eingeschlossen, das bei der Anmeldung ausgehändigt wird.

Unterschlagen

Gestern verhaftete die Wojewodschaftspolizei den Inseratenaquisiteur Ligensa vom „Powstaniec Slonski", der wie die „Polonia" berichtet, einkassierte Inseratengelder in Höhe von 30 000 Zloty unterschlagen haben soll.

Um 30 000 Franken erleichtert

30 000 französische Franken wurden, nach Mitteilung der Kattowitzer Polizei, dem französischen Staatsangehörigen Jeremias Majorowicz aus Paris, jetzt in Rzeszow, Hotel „Imperal" gestohlen. Ueberdies fielen den geheimnisvollen Tätern, welche den Diebstahl in dem Personenzug 23 auf der Strecke Krakau—Debic verübten, noch verschiedene wichtige Dokumente in die Hände.

Deutsche Wähler!

Die **Wohnungslisten,** die als **Grundlage** für die Aufstellung der **Wählerlisten** dienen sollen, sind den Haushaltungsvorständen durch die Hauswirte bereits zugestellt worden. In die Wohnungsliste sind **alle** diejenigen Personen einzutragen, welche bis zum Wahltage das **25. Lebensjahr** vollendet haben werden. **Auch** diejenigen Personen sind aufzuführen, welche z. Z. der Ausfüllung der Wohnungslisten **abwesend** sind.

Aktive Militärpersonen und **Ausländer** gehören **nicht** in die Wohnungsliste, **wohl** aber zur Uebung eingezogene **Reservisten.** Bei Unklarheiten wendet Euch **nur** an unsere Vertrauensleute.

Im Interesse der Ordnung und Reinhaltung der Wahlen müssen diese Listen **richtig** und **leserlich** ausgefüllt werden. Die letzten Wahlen haben nämlich die Erfahrung gebracht, daß sonst die Namen in die Wahllisten **verstümmelt** oder **falsch** eingetragen werden und **zahlreiche** Wahlberechtigte auf diese Weise ihr **Wahlrecht verlieren.**

Es muß darauf geachtet werden, daß **sämtliche** wahlberechtigten Personen in die Wohnungslisten eingetragen werden, weil dadurch die **Kontrolle** und **Reklamation erleichtert** wird.

Deutsche Wähler! Behandelt diese Sache **nicht leicht!** Der Kampf geht um **Ordnung** und **Recht!**

Vertrauensmänner! Wachet über die **genaue** Befolgung der Bestimmungen des Wahlrechts. Verfolget **eingehend** alle auf die Gemeindewahlen bezugnehmenden **Vorschriften** und **Hinweise,** die Ihr stets **an derselben Stelle** dieser Zeitung vorfinden werdet.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft

Katowice, ul. św. Jana Nr. 10.

Verhängnisvolles Straßenbahnunglück

Einen schrecklichen Tod fand auf der ul. 3-go Maja in Sosnowitz der Ingenieur Zygmunt Czeckowski von der Huldczynski-Anlage, welcher beim Verlassen eines Sportplatzes unter die Räder der anfahrenden Straßenbahn zu liegen kam und in schwer verstümmelten Zustand unter der sofort zum Halten gebrachten Straßenbahn hervorgezogen werden konnte. Man bemühte sich um den Schwerverletzten in der erdenklichsten Weise, jedoch verstarb dieser an den so schweren Verletzungen noch während des Transportes nach dem Krankenhaus. Nach den eingeleiteten Feststellungen, ging das Unglück blitzschnell vor sich. Der Verunglückte konnte von dem Gleis, welches in unmittelbarer Nähe des Sportplatzes liegt, nicht rechtzeitig zurückspringen, so daß das Unglück seinen verhängnisvollen Lauf nehmen mußte.

Berufsverfahren im Ulitzprozeß im Oktober

Die „Polska Zachodnia" weiß zu berichten, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Berufungsverfahren im Ulitzprozeß schon Mitte Oktober zur Verhandlung gelangt.

Umfangreicher Seidenschmuggel aufgedeckt

Das geheimnisvolle Schmuggelauto.

Ermittelt wurde neuerdings wieder von der Zollbehörde eine größere Schmugglerbande, welcher hauptsächlich Kaufleute aus Sosnowitz und Bendzin angehören. Es wurde zunächst in Erfahrung gebracht, daß zwischen der Grenze und Kattowitz wiederholt ein verdächtiges Auto zu sehen sei, in welchem deutsche Seidenwaren und Spitzen in großen Mengen geschmuggelt wurden. Tatsächlich wurde bei den Nachforschungen das Auto gesichtet und versucht, dieses mit Gewalt zum Halten zu bringen, was jedoch mißlang. Weitere Spuren führten nach Kattowitz, wo in dem Hausgrundstück ul. 3-go Maja 35 und zwar in in der Hofanlage in dem Magazin der Firma Babko 14 Kisten mit Seidenwaren usw. vorgefunden wurden und beschlagnahmt werden konnten. Der Magazineur ist verhaftet worden. Nach den bisherigen Feststellungen gehört die vorgefundene Schmuggelware tatsächlich wie eingangs erwähnt, verschiedenen Geschäftsleuten aus Sosnowitz und Bendzin. Nach den Schuldigen wird recherchiert.

Weitere Abnahme der Arbeitslosen im Bereich der Wojewodschaft

In der Zeit vom 28. August bis 4. September war innerhalb der Wojewodschaft Schlesien ein eigentlicher Abgang von 442 Arbeitslosen zu verzeichnen. Am Ende der Woche betrug die Erwerbslosenziffer 6130 Personen. Es wurden geführt: 204 Grubenarbeiter, 896 Hüttenarbeiter, 253 Bauarbeiter, ferner 196 qualifizierte und 2551 nichtqualifizierte Arbeiter, 38 Landarbeiter, 683 geistige Arbeiter, sowie 355 Arbeiter aus der Steinmetz-, 40 aus der Papier-, 54 aus der Holz- und 7 aus der chemischen Branche. Eine Unterstützung erhielten in der gleichen Zeit 2438 Beschäftigungslose.

Kattowitz und Umgebung

Der wilde Mann.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Personen, welche sich im Banne des Schnapsteufels befinden, der größte Unfug angerichtet wird, die dann all zu oft mit den Gerichten in Konflikt kommen. Am vergangenen Sonnabend kam vor dem Burggericht in Kattowitz ein solcher Fall zur Verhandlung. Angeklagt war der Arbeiter Paul W. aus Kattowitz, welcher am 16. April d. Js. in einer Kattowitzer Restauration mehrere anwesende Gäste in der gröbsten Weise belästigte. Daraufhin forderte der Gastwirt den Störenfried zum Verlassen des Lokals auf. Als derselbe jedoch auf die Aufforderung nicht reagierte, wurde er kurz entschlossen auf die Straße befördert. Erbost hierüber ergriff der Wüterich einen Stein und schlug die Scheibe des Restaurateurs ein. W. wurde alsbald von der Polizei aufgegriffen und zur Anzeige gebracht. Vor Gericht führte der Angeklagte aus, daß er an dem fraglichen Tage sinnlos betrunken gewesen war und sich an die Einzelheiten nicht mehr erinnern könne. Das Gericht verurteilte denselben wegen Sachbeschädigung zu 30 Zloty und wegen groben Unfug zu 20 Zloty Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis.

Mit einem Stuhl gegen den Gastwirt. Im Monat November v. Js. fand in der Restauration N. in Baingow ein Tanzvergnügen statt. Ein gewisser Theodor K. aus Przelajka, welcher sich gleichfalls eingefunden hatte, versuchte, nachdem er bereits tüchtig dem Alkohol zugesprochen hatte, mit den anwesenden Gästen Beisel anzufangen. Als der dortige Gastwirt den Ruhestörer zur Ruhe und Ordnung mahnte, nahm letzterer gegen den Wirt eine drohende Haltung ein, ergriff einen Stuhl und warf denselben dem Gastwirt an den Kopf. Mit einer klaffenden Wunde mußte der Verletzte nach dem Spital überführt werden. Der Täter wurde daraufhin von der Polizei festgenommen und zur gerichtlichen Anzeige gebracht. Das Vergnügen mußte natürlich abgebrochen werden. Nach bereits dreimaliger Vertagung hatte sich letzthin der Schuldige vor dem Burggericht in Kattowitz zu verantworten. Vor Gericht versuchte sich der Angeklagte als Unschuldslämmlein hinzustellen, indem er die Hauptschuld auf den Gastwirt abwälzte. Nach Vernehmung der Zeugen wurde der Beklagte wegen schwerer Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Dem K. wurde eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 2 Jahren gewährt.

Festsetzung des Wertes der Naturalentlöhnung für geistige Arbeiter. Das schlesische Wojewodschaftsamt hat laut Artikel 13 der Verordnung vom 21. November 1927 betr. Versicherung der geistigen Arbeiter, den Wert der Naturalentlöhnung für geistige Arbeiter wie folgt festgesetzt: Die Unterhaltungskosten, einschließlich Beleuchtung, Beheizung und Wohnung wöchentlich auf 5 Zloty und die Unterhaltungskosten ohne Beleuchtung, Beheizung und Wohnung wöchentlich auf 4 Zloty.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp.
Katowice, Kościuszki 29.

